

**SCHWEIZERISCHES KOMITEE FÜR GERECHTE STEUERN UND EINE SICHERE ALTERSVORSORGE**  
**COMITE SUISSE POUR UNE IMPOSITION JUSTE ET UNE PREVOYANCE SURE**

**Weichenstellung für eine liberale Schweiz und für mehr Wohlstand und Lebensqualität**

Medienmitteilung

Am 16. Mai fällt die Schweiz einen wichtigen Entscheid für Wohlstand und Lebensqualität. Die Frage stellt sich, ob es gelingt, die Steuerlast zu mildern und die Sicherung der Sozialwerke einzuleiten. Damit die Schweiz wieder zu einem liberalen Land wird, braucht es am 16. Mai ein JA zur 11. AHV-Revision und zum Steuerentlastungspaket und ein Nein zu Mehrwertsteuerprozenten auf Vorrat.

Am 16. Mai wird sich entscheiden, ob die Schweiz willens ist, für ihren Wohlstand zu kämpfen. Alle Parteien sind sich einig, dass man die Sozialversicherungen langfristig nur mit mehr Wachstum finanzieren kann. In den letzten 10 Jahre waren wir aber im internationalen Vergleich am Schluss der Wachstumstabelle. Es sollte unsere Ergeiz sein, die nächsten 10 Jahre unter den ersten drei dieser Rangliste zu stehen. Das erreichen wir nur, wenn wir alle bereit sind, mehr für unseren eigenen und den gesamtschweizerischen Wohlstand zu tun. Am 16. Mai stimmen wir über einen Teil unseres „Fitnessprogramms“ ab. Weniger und gerechtere Steuern, keine neuen Belastungen und eine Revision der AHV, die auf dem Fundament der Gleichstellung beruht. Mit diesem Fitnesspaket können wir den Wettkampf aufnehmen. Wachstum heisst mehr Arbeitsplätze. Wachstum heisst mehr Wohlstand und mehr Lebensqualität und mehr Chancen für die Jugend, heisst weniger Arbeitslose.

JA zum fairen Steuerentlastungspaket. Die ungerechte Ungleichbehandlung von Konkubinatspaaren und Ehepaaren wird endlich behoben. Damit wird die direkte Bundessteuer unabhängiger vom Zivilstand. Gleichzeitig werden die Kinder-, Ausbildungs- und Kinderbetreuungsabzüge deutlich erhöht, was zusätzliche Anreize für den Verbleib beider Elternteile im Arbeitsprozess bietet. Die tatsächliche Gleichstellung der Geschlechter kommt einen Schritt voran. Der Mittelstand wird durch die vorliegende Revision spürbar entlastet, was seine Kaufkraft stärkt. Die Besteuerung des Eigenmietwerts wird abgeschafft, ebenso die Abzugsfähigkeit der Hypothekarzinsen. Wer Hypothekarschulden rechtzeitig abzahlt, verringert seine Lebenshaltungskosten im Alter und leistet damit einen Beitrag zur Selbstvorsorge. Gleichzeitig werden Anreize zum Neuerwerb von Wohneigentum geschaffen, damit der Traum vom Eigenheim für möglichst viele junge Paare und Eltern wahr werden kann.

JA zur gerechten 11. AHV-Revision. Unser wichtigstes Sozialwerk AHV leidet unter Finanzierungsproblemen, die in der Veränderung des Altersaufbaus der Schweizer Bevölkerung wurzeln. Die mit der 11. Revision realisierten Einsparungen sind zur langfristigen Sicherung der künftigen Renten unerlässlich. Sie müssen jetzt beschlossen werden, damit ausreichende Übergangsfristen gewährt werden können. Die Einsparungen ergeben sich aus der Abschaffung bestimmter, früher gerechtfertigter geschlechtsspezifischer Privilegien. So wird das bisher tiefere Rentenalter der Frauen an jenes der Männer angepasst und es werden die Renten für kinderlose Witwen denjenigen der Witwer angeglichen. Die 11. AHV-Revision verbessert die Chancen, dass auch die Jungen dereinst eine Rente erhalten, ohne übermässige zusätzliche Beiträge bezahlen zu müssen.

NEIN zur Mehrwertsteuererhöhung auf Vorrat. Die Mehrwertsteuer trifft die tiefen Einkommen und die Familien aufgrund ihres hohen Konsumanteils überproportional und ist deshalb nur beschränkt sozial verträglich. Die AHV hat diese Finanzspritze frühestens 2009 nötig, eine Erhöhung auf Vorrat ist deshalb nicht angebracht. Mit vorzeitig zur Verfügung stehenden Mitteln würden neue Begehrlichkeiten auf der Leistungsseite geweckt.

**Co-Präsidium:**

**Ständerätin Christiane Langenberger**, Präsidentin FDP Schweiz, Natel 078 666 77 83

**Nationalrätin Marianne Kleiner**, Vizepräsidentin FDP Schweiz, Natel 079 443 54 54

**Nationalrat Ruedi Noser**, Vizepräsident FDP Schweiz, Natel 079 420 26 54

**Nationalrat Fulvio Pelli**, Präsident der FDP-Fraktion, Natel 079 230 02 03

**Ständerätin Erika Forster**, Vizepräsidentin der FDP-Fraktion, Tel. 071 220 88 85

**Nationalrat Felix Gutzwiller**, Vize-Präsident der FDP-Fraktion, Natel 079 419 32 55

**Nationalrat Claude Ruey**, Präsident LPS, Natel 079 210 84 13

Bern, 20. Februar 2004

Kontakt:

- **Guido Schommer**, Generalsekretär FDP Schweiz, Tel. 031 320 35 35,  
Natel 079 300 51 45
- **Christian Weber**, Pressechef FDP Schweiz, Tel. 031 320 35 35, •  
Natel 079 66 777 44

**SCHWEIZERISCHES KOMITEE FÜR GERECHTE STEUERN UND EINE SICHERE ALTERSVORSORGE**  
**COMITE SUISSE POUR UNE IMPOSITION JUSTE ET UNE PREVOYANCE SURE**

## **Sicher in die Zukunft mit der 11. AHV-Revision**

Ständerätin Christiane Langenberger, Präsidentin FDP Schweiz

Die Finanzierung der AHV kann nur dann langfristig garantiert werden, wenn auf Ausbauschritte bei der AHV verzichtet wird. Um die Leistungsfähigkeit der AHV auch für die kommende Generation zu erhalten, müssen im Rahmen der 11. AHV-Revision ein paar dringende Anpassungen vorgenommen werden.

Wir leben länger und das bei guter Gesundheit. Wir können heute nach der beruflichen Tätigkeit aktiv unser Leben gestalten und am Leben unserer Kinder und Grosskinder teilnehmen. Das ist Lebensqualität, die wir uns erkämpft haben; Lebensqualität, die wir uns auch bewahren wollen. Das ist aber nur möglich, wenn wir die Sozialwerke auf gesunde Beine stellen und sie längerfristig sichern. Das sind wir auch und gerade unseren Kinder, den Grosskindern und allen kommenden Generationen schuldig. Die demographische Veränderung stellt uns hier vor eine schwierige Aufgabe. Es ist aber geradezu unsere Pflicht, den kommenden Generationen eine sichere und gerechte Altersvorsorge zu hinterlassen. Sicher bedeutet: Die Renten müssen eine wichtige finanzielle Grundlage für das Leben nach der Pensionierung bieten und diese Sicherheit darf die werktätige Bevölkerung nicht unverhältnismässig stark belasten. So würden wir bloss eine kurzfristige Scheinsicherheit kreieren. Wir würden die Zitrone auspressen bis nichts mehr drin wäre. Deshalb braucht es Korrekturen auch bei der AHV, deshalb braucht es die 11. AHV-Revision. Sparen kann man immer auf zwei Arten; entweder man nimmt den Rotstift und streicht wild zusammen oder aber man überlegt sich, wo die Einsparungen tatsächlich wirkungsvoll sind und auch der gesellschaftlichen Entwicklung entsprechen. Bei der 11. AHV-Revision hat man dies berücksichtigt.

Das Rentenalter der Frauen wird von 64 Jahren auf 65 Jahre angehoben. Frauen und Männer haben somit wieder das selbe Rentenalter. Weshalb die Frauen früher in Pension gehen sollen als die Männer, ist heute eigentlich nicht mehr zu rechtfertigen, es sei denn man beruft sich auf die Tradition: Es war halt immer schon so. Nur: Es war gar nicht immer so. Bis 1956 galt das Rentenalter 65 für Frauen und Männer. Weil die AHV jedoch laufend Überschüsse erwirtschaftete, gab man den Frauen gewissermassen ein Privileg in Form eines tieferen Rentenalters. Die AHV kann heute nur noch wohl begründete Privilegien schützen. Zu berücksichtigen ist ebenfalls, dass Frauen im Durchschnitt 8 Jahre länger leben.

Im Rahmen der Beratungen in den Räten stand die finanzielle Abfederung der Frühpensionierungen für Personen mit tieferen Einkommen zur Diskussion. Diese Abfederung wurde aber letztendlich gestrichen. Die vorgesehenen 400 Millionen Franken wären weitgehend wirkungslos verpufft. In der Praxis hätte dies zu einer minimalen Erhöhung der monatlichen Rente geführt, welche sicherlich nicht den Ausschlag gegeben hätte, sich früher pensionieren zu lassen. Aus liberaler Sicht wären diese 400 Millionen Franken nichts anderes als eine weitere Giesskanne gewesen, die viel kostet, aber wenig bewirkt. Die Flexibilität wird aber sicher ein Thema der 12. AHV-Revision bleiben.

## **Schweizerisches Komitee für gerechte Steuern und eine sichere Altersvorsorge («Liberales Komitee»)**

Am 16. Mai wird sich entscheiden, ob die Schweiz willens ist für ihren Wohlstand zu kämpfen. Alle Parteien sind sich einig, dass man die Sozialversicherungen langfristig nur mit mehr Wachstum finanzieren kann. In den letzten 10 Jahre waren wir aber im internationalen Vergleich am Schluss der Wachstumstabelle. Es sollte unsere Ergeiz sein, die nächsten 10 Jahre unter den ersten drei dieser Rangliste zu stehen. Das erreichen wir nur, wenn wir alle bereit sind, mehr für unseren eigenen und den gesamtschweizerischen Wohlstand zu tun. Wir müssen wieder fit und leistungswillig werden. Wir stehen jetzt am Anfang dieses Fitnessprogramms. Die Wirtschaft, jeder Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind gefordert, täglich eine optimale Leistung zu erbringen. Am 16. Mai stimmen wir über einen Teil unseres Fitnessprogramms ab. Weniger und gerechtere Steuern, keine neuen Belastungen und eine Revision der AHV, die auf dem Fundament der Gleichstellung beruht. Mit diesem Fitnesspaket können wir den Wettkampf aufnehmen. Wachstum heisst mehr Arbeitsplätze. Wachstum heisst mehr Wohlstand und mehr Lebensqualität und mehr Chancen für die Jugend, heisst weniger Arbeitslose. Geben sie dem Athleten Schweiz am 16. Mai eine faire Chance.

Wie am vergangenen Freitag angekündigt, bauen FDP und LPS zur Zeit ein liberales Komitee für die drei Abstimmungsvorlagen vom 16. Mai 2004 auf. Das Co-Präsidium dieses Komitees wird aus dem FDP-Präsidium von Partei und Fraktion (Christiane Langenberger; Marianne Kleiner; Ruedi Noser, Fulvio Pelli, Erika Forster, Felix Gutzwiller) gebildet, ergänzt um den Präsidenten der Liberalen Partei der Schweiz, Claude Ruey. Dieses Komitee ergänzt die bestehenden überparteilichen bürgerlichen Komitees durch eine betont freisinnige und liberale Argumentation (s. unten).

Wir bauen ein Komitee auf mit dem Ziel, diesen liberalen Argumenten insbesondere zum Steuerentlastungspaket und zur 11. AHV-Revision (Entscheid FDP- DV zur dritten Vorlage erst am 17. April 2004) gesamtschweizerisch eine Plattform zu bieten. Da die finanziellen Mittel bisher sehr knapp bemessen sind, sind wir umso mehr auf ein möglichst zahlreiches und aktives Mittun im Komitee angewiesen - alle freisinnigen und liberalen Bürgerinnen und Bürger sind eingeladen, Mitglied im Komitee zu werden. Sobald Sie Mitglied des Komitees sind, werden wir Sie laufend über dessen Aktivitäten informieren und weiteres Material zur Verfügung stellen.

### **Die Mitglieder des Liberalen Komitees**

(PDF - 49 kb)

### **Mitglied werden**

### **Argumentation**

**SCHWEIZERISCHES KOMITEE FÜR GERECHTE STEUERN UND EINE SICHERE ALTERSVORSORGE**  
**COMITE SUISSE POUR UNE IMPOSITION JUSTE ET UNE PREVOYANCE SURE**

**Ja – Nein – Ja : Die Schweiz muss fit werden**

Nationalrat Ruedi Noser, Vize-Präsident FDP Schweiz

Am 16. Mai 2004 stimmen wir darüber ab, ob wir eine fitte Schweiz wollen. Eine Schweiz, die Herausforderungen anpackt und den Willen hat, wieder zum Land mit dem stärksten Wirtschaftswachstum zu werden – oder ob wir definitiv in die zweite Liga absteigen.

Seit dem EWR-Nein ist in der Schweizer Politik Sand im Getriebe. Wir haben unseren Wohlstandsvorsprung gegenüber den wichtigen EU Länder eingebüsst oder sind auf dem Weg dazu. Im gleichen Zeitraum stieg die Staatsquote, wenn man alle Zwangsabgaben dazuzählt, auf den Level von Deutschland.

Die 90er Jahre werden politisch wie wirtschaftlich nicht als erfolgreiches Kapitel in die Schweizer Geschichte eingehen. Die Schweiz braucht nun einen Masterplan um auf die Strasse des Erfolges zurückzufinden. Alle Parteien und Organisation sind sich darin einig: Die Schweiz braucht wieder ein stärkeres Wirtschaftswachstum. Die FDP hat dieses Ziel auch klar quantifiziert. In den vergangenen 10 Jahren lagen wir auf dem letzten Platz in der Wachstumsrangliste der OECD. Nötig ist nun, dass wir einen der Spitzenplätze zurückgewinnen.

Ein höheres Wirtschaftswachstum heisst weniger Arbeitslose, weniger Frühpensionierungen, mehr Einnahmen für die AHV und mehr Wohlstand für jeden von uns. Es heisst auch weniger Vollinvalide, weil diese Personen besser in den Arbeitsprozess eingegliedert werden können. Und es heisst weniger Fürsorgekosten und mehr Chancen für jeden in diesem Land. Wirtschaftswachstum ist die Basis für mehr Wohlstand und Lebensqualität. Nur mit genügend hohem Wirtschaftswachstum können wir uns unser heutiges Wohlstandsniveau erhalten. Versucht der Staat bei einem Nullwachstum Mehreinnahmen aus Steuern, Abgaben und Gebühren zu generieren, führt dies nur zu mehr Schwarzarbeit, zu Leistungsverdrossenheit und zu einer negativen Grundstimmung im Land. Damit muss jetzt Schluss sein.

Mit JA – NEIN – JA geben Sie der Schweiz die Chance, fit zu werden für den Wettkampf um mehr Wachstum. Wenn es uns gelingt, die Defizite der letzten zehn Jahre durch ein überdurchschnittliches Wachstum auszugleichen, dann wird in den nächsten 10 Jahren – gleichbleibende Leistungen vorausgesetzt – ein zusätzliches Mehrwertsteuerprozent für die AHV nicht nötig sein und die IV automatisch stark entlastet.

Steuern dürfen grundsätzlich nicht leichtfertig erhöht werden. Deshalb ist einer Mehrwertsteuererhöhung auf Vorrat mit einem klaren NEIN entgegen zu treten. Diese Vorlage will die Verfassungsgrundlage für die Erhöhung von 1 Prozent MWSt für die AHV- resp. von 0.8 Prozent MWSt für die IV-Finanzierung schaffen. Die Erhöhung der Mehrwertsteuer trifft die tiefen Einkommen und die Familien aufgrund ihres hohen Konsumanteils jedoch überproportional und ist deshalb nur beschränkt sozialverträglich.

Die Renten der Witwen werden jenen von Witwern angepasst. Auch hier nimmt man die gesellschaftliche Veränderung auf. Immer mehr Frauen sind berufstätig. Aus liberaler Sicht ist dies zu fördern. Deshalb setzen wir uns auch dafür ein, dass entsprechende Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf geschaffen werden – zum Beispiel Tagesstrukturen an den Schulen, ein Mutterschaftsurlaub usw. Ich erinnere da an die Motionen der FDP im Eidgenössischen Parlament und im bernischen Grossen Rat zur Einführung der Blockzeiten. Es wäre völlig inkonsequent, einerseits diese Strukturen zu fördern und andererseits so zu tun, als ob die Frauen nicht im Arbeitsprozess integriert wären. Nun wächst eine Generation junger Frauen heran, die noch stärker in die Arbeitswelt integriert ist. Es ist deshalb ungerecht, die Frauen bei Rentenalter und Witwenregelung (für kinderlose) zu privilegieren. Weil die Realität bei älteren Frauen aber zum Teil noch anders aussieht, gelten lange Übergangsfristen für die Angleichung von Witwen- und Witwerrenten. Damit ist sichergestellt, dass ältere Witwen mit bereits erwachsenen Kindern nicht in finanzielle Schwierigkeiten geraten.

Die Volksversicherung AHV muss eine solide Existenzsicherung für die gesamte Bevölkerung bieten, auch wenn die demographische Entwicklung sie vor grosse Herausforderungen stellt. Die AHV ist ein einmaliges Solidarwerk zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern, zwischen Armen und Reichen sowie zwischen Jungen und Alten. Die 11. AHV-Revision ist deshalb ein Gebot der Solidarität.

**SCHWEIZERISCHES KOMITEE FÜR GERECHTE STEUERN UND EINE SICHERE ÄLTERSVERSICHERUNG  
COMITE SUISSE POUR UNE IMPOSITION JUSTE ET UNE PREVOYANCE SURE**

**Volksabstimmung vom 16. Mai 2004 von grosser Bedeutung für die Liberalen**

Claude Ruey, Nationalrat, Präsident Liberale Partei der Schweiz (LPS)

Die drei am kommenden 16. Mai der Volksabstimmung unterliegenden Vorlagen sind für die Liberalen von grosser Bedeutung. Die Stimmberechtigten werden entscheiden müssen, ob sie willens sind, für ihren Wohlstand zu kämpfen. Alle Parteien sind sich einig, dass die Sozialversicherungen langfristig nur mit mehr Wachstum zu finanzieren sein werden. In den letzten zehn Jahren waren wir aber im internationalen Vergleich am Schluss der Wachstumstabelle. Es sollte unser Ehrgeiz sein, im nächsten Jahrzehnt unter den ersten drei dieser Rangliste zu stehen. Am 16. Mai stimmen wir somit über einen Teil unseres «Fitness»programms ab: für weniger und gerechtere Steuern, gegen neue Belastungen und für eine Revision der AHV, die auf dem Fundament der Gleichstellung beruht. Mit diesem Fitnesspaket können wir den Wettkampf aufnehmen und zum Wachstum zurückkehren.

**1. Das Steuerpaket: weniger Steuern, mehr Geld**

Unser Wirtschafts- und Sozialsystem, wie auch das angestrebte Wachstum, können nur in einem finanziellen und fiskalischen Umfeld gedeihen, in welchem man die Staatsausgaben im Griff hat. Der heutige Staat gibt zu viel aus. Er erhöht den Steuerdruck, ohne die Gesamtsteuerbelastung zu verringern. Diese ist im Übrigen inakzeptabel gestiegen. Eine solche Entwicklung wirkt sich auf die Familien ebenso dramatisch aus wie auf die Unternehmen, die das Wirtschaftsgeflecht unseres Landes bilden. Sie würgt das Wachstum ab. Vergessen wir nicht, dass die Steuern für unser Land ein wichtiges Element des Wirtschaftswettbewerbs darstellen. In diesen Tagen verfügen wir über ein Fiskalsystem, das diese Wettbewerbsfähigkeit verringert und ausserdem viele Mängel aufweist: starke Progression der direkten Steuer, Mehrfachbelastung des gleichen Steuersubstrates. Heutzutage muss das Fiskalwesen als ein Ganzes betrachtet werden. Am kommenden 16. Mai das Steuerpaket annehmen bedeutet, durch Druck über die Steuern den Staat zu gesunden Finanzen und Ausgabensenkungen zwingen. Die Liberalen unterstützen das Steuerpaket, weil es zum Einen eine Reduktion des Eigenmietwertes bringt. Dieser ist zu einem völlig fiktiven, in vielen Kantonen und namentlich in der Waadt bekämpften Einkommen geworden. Zum Andern bringt dieses Steuerpaket endlich eine gerechtere Besteuerung für Verheiratete und eine längst erwartete Steuersenkung für den Mittelstand. Eine solche Steuersenkung ist für Alle von Nutzen, namentlich für die seit mehr als zehn Jahren durch unaufhörliche Erhöhungen von Abgaben und Beiträgen ausgelagerten Familien.

Ich komme nicht umhin, einer grossen Enttäuschung für die LPS Ausdruck zu verleihen: dem Umstand, dass die Stempelabgaben nicht vollständig abgeschafft worden sind. Seinerzeit waren die Liberalen mausallein die Einzigen, die deren endgültige Abschaffung verlangten.

Die AHV wird diese Finanzspritze frühestens 2009 nötig haben, eine Erhöhung auf Vorrat drängt sich deshalb nicht auf. Mit vorzeitig zur Verfügung gestellten Mitteln würden neue Begehrlichkeiten auf der Leistungsseite geweckt. Dies ist umso wahrscheinlicher, wenn die 11. AHV-Revision (Referendum der Gewerkschaften/SP) scheitern sollte und die, von SP und SVP gemeinsam getragene, Ableitung der überschüssigen Nationalbankgoldreserven in die AHV Tatsache wird. Die Gefahr, dass sich diese Allianz des Stillstandes durchsetzt, ist gross.

In der Vergangenheit haben wir zudem bereits einmal schlechte Erfahrungen mit der Bewilligung eines Mehrwertsteuerprozents auf Vorrat gemacht. Als die Mehrwertsteuer durch Bundesrat Stich eingeführt wurde, hat man der Politik die Kompetenz eingeräumt, ein zusätzliches Mehrwertsteuerprozent zu erheben. Was dann auch umgehend geschehen ist. Das Sparen hat dann Otto Stich seinem Nachfolger Kaspar Villiger überlassen.

Die Invalidenversicherung braucht zweifellos neue Mittel, weshalb das Komitee bereit ist, eine neue Vorlage zur Sanierung der IV im Falle eines Neins des Souveräns am 16. Mai 2004, im Zusammenhang mit einer materiellen Revision, ohne Vorbehalt zu prüfen.

Die unselige Verknüpfung der Finanzierungsbeschlüsse für diese beiden Sozialwerke und die gleichzeitig stattfindende Entscheidung über die 11. AHV-Revision zwingen zur gesamthaften Ablehnung der Vorlage.

Wenn am Abstimmungswochenende vom 16. Mai ein JA – Nein – Ja resultiert, dann hat die Schweiz eine Chance zur „alten“ Dynamik zurück zu finden und den Wettkampf um das Wachstum in Europa zu gewinnen.

Es ist ein Wettkampf, der von uns allen verlangt, mehr zu leisten. Um diesen Wettkampf um mehr Wachstum zu gewinnen, müssen wir fit und motiviert an den Start gehen. Betrachten wir ein JA – Nein - JA als Fitness-Programm, welches wir brauchen, um unsere alte Form wieder zu finden. Geben wir dem Athleten Schweiz am 16. Mai eine Chance.

**SCHWEIZERISCHES KOMITEE FÜR GERECHTE STEUERN UND EINE SICHERE ÄLTERSVERSORGE  
COMITE SUISSE POUR UNE IMPOSITION JUSTE ET UNE PREVOYANCE SURE**

## Argumentarium

Am 16. Mai wird sich entscheiden, ob die Schweiz willens ist für ihren Wohlstand zu kämpfen. Alle Parteien sind sich einig, dass man die Sozialversicherungen langfristig nur mit mehr Wachstum finanzieren kann. In den letzten 10 Jahre waren wir aber im internationalen Vergleich am Schluss der Wachstumstabelle. Es sollte unsere Ergeiz sein, die nächsten 10 Jahre unter den ersten drei dieser Rangliste zu stehen. Das erreichen wir nur, wenn wir alle bereit sind, mehr für unseren eigenen und den gesamtschweizerischen Wohlstand zu tun. Wir müssen wieder fit und leistungswillig werden. Wir stehen jetzt am Anfang dieses Fitnessprogramms. Die Wirtschaft, jeder Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind gefordert, täglich eine optimale Leistung zu erbringen. Am 16. Mai stimmen wir über einen Teil unseres Fitnessprogramms ab. Weniger und gerechtere Steuern, keine neuen Belastungen und eine Revision der AHV, die auf dem Fundament der Gleichstellung beruht. Mit diesem Fitnesspaket können wir den Wettkampf aufnehmen.

Wachstum heisst mehr Arbeitsplätze. Wachstum heisst mehr Wohlstand und mehr Lebensqualität und mehr Chancen für die Jugend, heisst weniger Arbeitslose. Geben sie dem Athleten Schweiz am 16. Mai eine faire Chance.

### **JA zur gerechten 11. AHV-Revision**

Unser wichtigstes Sozialwerk AHV leidet unter Finanzierungsproblemen, die in der Veränderung des Altersaufbaus der Schweizer Bevölkerung wurzeln. Die mit der 11. Revision realisierten Einsparungen sind zur langfristigen Sicherung der künftigen Renten unerlässlich. Sie müssen jetzt beschlossen werden, damit ausreichende Übergangsfristen gewährt werden können. Die Einsparungen ergeben sich aus der Abschaffung bestimmter, früher gerechtfertigter geschlechtsspezifischer Privilegien:

- So wird das bisher tiefere Rentenalter der Frauen an jenes der Männer angepasst (65).
- Die Renten für kinderlose Witwen werden denjenigen der Witwer (nach einer langen Übergangsfrist) angeglichen.
- Gleichzeitig werden ernsthafte Bemühungen für eine bessere Vereinbarkeit von Erziehungsarbeit und Erwerbsarbeit für Eltern unternommen.

Die 11. AHV-Revision verbessert die Chancen, dass auch die Jungen dereinst eine Rente erhalten, ohne übermässige zusätzliche Beiträge bezahlen zu müssen. Die Revision ist ein Gebot der Generationensolidarität.

## **2. Ja zur 11. AHV-Revision, aber Nein zu einer «Selbstbedienungs-AHV»**

Liberales und Freisinnige unterstützen ebenfalls die 11. AHV-Revision. Ausgehandelt während langer Monate, Ergebnis einer Opfersymmetrie aller politischen und sozialen Akteure, ermöglicht diese Revision auf weite Sicht eine Konsolidierung unserer AHV-Finanzierung. Gleichzeitig bringt sie eine Anpassung an die demografischen und gesellschaftlichen Gegebenheiten. Wir haben es immer abgelehnt, zwecks Finanzierung wichtiger Staatsaufgaben mit der Einführung einer neuen Steuer zu liebäugeln. Trotzdem haben Liberale und Freisinnige übereinstimmend bei der Schlussabstimmung eine Erhöhung der Mehrwertsteuer zu Gunsten der AHV hingenommen. Das Referendum linker Kreise gegen diese 11. Revision macht den von allen Beteiligten ausgehandelten Konsens hinfällig. Demzufolge sind wir nicht mehr für die Mehrwertsteuererhöhung. Wenngleich wir - wie dies die freisinnig-liberale Fraktion anlässlich ihres Seminars in Thun Ende Januar betont hat - auf eine geringe Mehrwertsteuererhöhung zu Gunsten der IV eintreten könnten, lehnen wir trotzdem eine Umwandlung der AHV in einen «Selbstbedienungsladen» kategorisch ab.

## **3. Unser «Schweizerisches Liberales Komitee»**

Die Gründung dieses Schweizerischen Liberalen Komitees, das wir Ihnen heute vorstellen, ist Ausdruck der unter den Abgeordneten unserer beiden Parteien in der freisinnig-liberalen Fraktion der eidgenössischen Räte herrschenden hervorragenden Zusammenarbeit. Sie illustriert auch das Engagement der freisinnigen und der liberalen Parlamentarier zu Gunsten der Verbreitung liberaler Vorstellungen, wie wir sie Ende Januar an unserem Fraktionsseminar in Thun in Erinnerung gerufen haben.

Das Komitee ist ausserdem und vor allem ein offensichtliches Zeichen für die heutige Verbundenheit unserer beiden Parteien auf eidgenössischer Ebene. Es ist ein erster Grundstein bei der von uns gegenwärtig in Angriff genommenen Errichtung einer Föderation unserer beiden politischen Zusammenschlüsse auf Bundesebene. Freisinnige und Liberale in der Schweiz arbeiten heute Seite an Seite für eine klar liberale Politik der Rechten, deren Ethik es auch gebietet, den politischen Gegner zu achten.

## **NEIN zur Mehrwertsteuererhöhung auf Vorrat**

Diese Vorlage will die Verfassungsgrundlage schaffen für die Erhöhung von 1.0 Prozent MWSt für die AHV-Finanzierung sowie von 0.8 Prozent MWSt für die IV-Finanzierung. Steuern dürfen grundsätzlich nicht leichtfertig erhöht werden. Die Mehrwertsteuer trifft die tiefen Einkommen und die Familien aufgrund ihres hohen Konsumanteils überproportional und ist deshalb nur beschränkt sozial verträglich.

Die AHV hat diese Finanzspritze frühestens 2009 nötig, eine Erhöhung auf Vorrat ist deshalb nicht angebracht. Mit vorzeitig zur Verfügung stehenden Mitteln würden neue Begehrlichkeiten auf der Leistungsseite geweckt. Diese Gefahr ist umso grösser, falls die 11. AHV-Revision (Referendum der Gewerkschaften/SP) scheitern sollte und die von SP und SVP gemeinsam getragene Ableitung der überschüssigen Nationalbankgoldreserven in die AHV Tatsache wird.

Die IV braucht unzweifelhaft neue Mittel, weshalb das Komitee bereit ist, eine neue Vorlage zur Sanierung der IV im Falle eines Neins des Souverän am 16. Mai 2004 im Zusammenhang mit einer materiellen Revision ohne Vorbehalt zu prüfen. Die unselige Verknüpfung der Finanzierungsbeschlüsse für diese beiden Sozialwerke und die gleichzeitig stattfindende Entscheidung über die 11. AHV-Revision zwingen zur gesamthaften Ablehnung der Vorlage.

## **JA zum fairen Steuerentlastungspaket**

### *Familienbesteuerung*

- Die ungerechte Ungleichbehandlung von Konkubinatspaaren und Ehepaaren wird endlich behoben. Damit wird die direkte Bundessteuer unabhängiger vom Zivilstand.
- Gleichzeitig werden die Kinder-, Ausbildungs- und Kinderbetreuungsabzüge deutlich erhöht, was zusätzliche Anreize für den Verbleib beider Elternteile im Arbeitsprozess bietet. Die tatsächliche Gleichstellung der Geschlechter kommt einen Schritt voran.
- Der Mittelstand wird durch die vorliegende Revision spürbar entlastet, was seine Kaufkraft stärkt.

### *Wohneigentumsbesteuerung*

- Die Besteuerung des Eigenmietwerts wird abgeschafft, ebenso die Abzugsfähigkeit der Hypothekarzinsen. Wer Hypothekarschulden rechtzeitig abzahlt, verringert seine Lebenshaltungskosten im Alter und leistet damit einen Beitrag zur Selbstvorsorge.
- Gleichzeitig werden Anreize (beschränkte Abzugsfähigkeit der Schuldzinsen und der Unterhaltskosten) zum Neuerwerb von Wohneigentum geschaffen, damit der Traum vom Eigenheim für möglichst viele junge Paare und Eltern wahr werden kann.

### *Stempelbesteuerung*

- Steuern, die einzelne Geschäfte vom Finanzplatz Schweiz zu vertreiben drohten, werden definitiv gesenkt. Diese Regelung galt bereits heute dank Dringlichkeitsrecht, das jetzt in ordentliches Recht übergeführt wird.

